

Der Lehrertarifvertrag geht in eine neue Runde

Das Arbeitszeitguthaben und seine Verwendung

Am 11.02.2003 hat das Kabinett in seiner turnusmäßigen Sitzung dem Lehrertarifvertrag zugestimmt und somit den Weg für die Ratifizierung des Vertrages Ende Februar freigemacht. Vorausgegangen waren nach der Paraphierung vom 06.12.2002 noch intensive redaktionelle Gespräche der Kommissionen und zuletzt der Verhandlungsführer, um aufgetretene Bedenken, insbesondere der Arbeitgeberseite, aus dem Weg zu räumen.

Es dürfte mittlerweile kein Geheimnis mehr sein, dass der vorliegende Tarifvertrag weit über den Zielstellungen der neuen Landesregierung (siehe Kabinettsitzung vom 9.8.2002) abgeschlossen wurde. Dies gilt nicht nur für die Vergütungsumfänge in allen beteiligten Schulformen, sondern auch in den Parametern der Pflichtstundenzahlen. Und die Auszahlung der Guthaben als zusätzliche Leistung neben den für zwei Jahre festgesetzten Vergütungsumfängen dürfte auch die Erwartungen der meisten Pädagogen übertroffen haben. Dies sah auch die überwiegende Mehrheit unserer Mitglieder so und gab der am 01.02.2003 gestarteten Ermittlung des Stimmungsbildes eine durchweg positive Bewertung. Und auch die Nachbarländer Thüringen und Sachsen müssen es ähnlich sehen, befürchten sie doch nun eine mögliche Abwanderung ihrer Lehrkräfte in Richtung Sachsen-Anhalt.

Nun zu einigen Details der noch durchgeführten Ergänzungen. In den Redaktionssitzungen forderte die Arbeitgeberseite u. a. zwei Änderungen mit Auswirkung für alle Beschäftigten. So wollte man die Verkürzung der Erklärungsfrist hinsichtlich der Verwendung des Arbeitszeitguthabens vom 31.08. auf den 31.05.2003. Diese Terminvorverlegung benötige das Land für die Haushaltsplanung 2004 und wurde durch uns akzeptiert. Deshalb haben die beteiligten Seiten beschlossen, dass alle Pädagogen im März ein Info-Blatt erhalten werden mit Hinweisen zu den Möglichkeiten der Abgeltung der Guthaben einschließlich einiger Modellrechnungen. Dem Schreiben ist ein Blatt beigefügt, mittels dem die Beschäftigten verbindlich bis zum 31.05.03 erklären müssen, für welche Variante sie sich

entscheiden. Mittlerweile dürfte dieses Info-Blatt in ihre Hand gelangt sein, so dass die Zeit zur Beratung und Berechnung genutzt werden kann. Dabei möchten wir darauf hinweisen, dass für 2004 und 2005 Steuererleichterungen durch den Bund vorgesehen sind und dies auch schon mit vorhandenen Rechenprogrammen (siehe Homepage des Bundesfinanzministeriums) überprüft werden kann.

Eine zweite Änderung war die Vorverlegung des Kündigungsrechtes für diesen Tarifvertrag auf den 31.07.2006. Damit könnten die Tarifvertragsparteien im Jahre 2005 die Kündigung zum genannten Termin aussprechen. Was steckt hinter dieser Terminverschiebung?

Damit schließt sich der Kreis unserer Erklärung, denn man braucht nur zum 2. Abschnitt zu schauen und man weiß den Grund. Im Jahre 2005 müssen die Beschäftigungsumfänge für die Schuljahre 2005/06 und 2006/07 bis zum 1. März neu festgelegt werden. Zwar steht das Berechnungsverfahren fest, aber es gibt auch unbekannte Größen. Da wären einmal die 2005 tatsächlich vorherrschenden Schülerzahlen zu nennen. Denken wir nur an die nach wie vor existierende „Westwanderung“ junger Leute. Aber auch die Anzahl der dann beschäftigten Lehrkräfte ist recht ungewiss. Und da liegt auch der Hauptgrund für die Vorverlegung der Kündigungsfrist. Das Land will bis zu diesem Zeitpunkt unbedingt die anvisierten Größen des Personalabbaus im Lehrerberreich erreichen. Und sollte dies durch Altersteilzeit und Abfindungen nicht erreichbar sein, dann steht uns für 2005 eine heiße Debatte bevor. Die geplanten Verbeamtungen könnten darüber hinaus das Problem verschärfen und in den Schulen zu Spannungen im Kollegium führen.



Vielleicht kommt es dann 2005 tatsächlich zur Mitgliederentscheidung bezüglich der Fortsetzung des Tarifvertrages, was dieses Jahr aufgrund des erreichten Ergebnisses und der Erfüllung des Hauptvorstandsbeschlusses aus dem Jahre 1999 in dieser Form nicht erforderlich war.

Deshalb sollte es auch im Interesse aller VBE-Mitglieder liegen, unsere Schlagkraft zu erhöhen, denn das große Faustpfand der diesjährigen Tarifverhandlungen, das über 315 Mio € große Arbeitszeitguthaben der Lehrkräfte, spielt dann keine Rolle mehr und nur unsere (Mitglieder-) Stärke kann dann in die Verhandlungswaagschale geworfen werden. Wir sind also noch nicht „über den Berg“, denn das Schülertal trifft die weiterführenden Schulformen erst in den nächsten Jahren in voller Schärfe (siehe Anlage). Und da die bestehende Schulentwicklungsverordnung nicht wesentlich verändert, aber mit aller Konsequenz durchgesetzt werden soll, wird es eine Konzentration der Schüler- und Lehrerschaft in viel weniger Schulen als derzeit geben. Was Schulschließungen und Fusionen hinlänglich für Klassenfrequenzen und Anrechnungstatbestände bedeuten, dürfte mittlerweile bekannt sein. Also auch aus Richtung „sparwilliger“ Schulträger droht dem Bildungsstandort Sachsen-Anhalt Gefahr. Es wird weder in den Strukturen noch im Inneren der Schule Ruhe einziehen. Hoffentlich können wir diesen Herausforderungen in gewerkschaftlicher Hinsicht Paroli bieten, um die seit 1991 gewohnten Standards in LSA zu halten.

*K. Winter,
stellv. Landesvorsitzender*

Anlage zur Entwicklung der Schülerzahlen:

Schülerzahlen in den einzelnen Schuljahrgängen an allen allgemein bildenden Schulen:

Schuljahrgang/ Schulstufe	Schülerzahl	Bedeutung
1	15.112	Leichter Anstieg in Grundschule
2	14.410	
3	15.204	
4	16.053	Wahlmöglichkeit der Schüler wieder für alle Schulformen
5	18.779	
6	27.254	
7	33.115	Wahlmöglichkeit für alle Schüler (ab 2005 nach Leistungskriterien)
8	33.278	
9	33.265	
10	30.196	
11	9.709	
12	9.167	
13	8.901	

Hinweis: Von unserer Homepage (www.vbe-lsa.de) kann ein Faltblatt mit Hinweisen zu den Auszahlungsvarianten heruntergeladen werden.

Meinungsaustausch mit Staatssekretär Willems in sachlicher Atmosphäre

Am 15.02.2003 trafen sich der VBE-Landesvorsitzende Mario Arlt und sein Stellvertreter Klaus Winter im Kultusministerium mit Staatssekretär Willems zu einem Gespräch. Die mehrstündige Unterredung, an der seitens des MK auch Frau Dr. König teilnahm, verlief in sachlicher und offener Atmosphäre.



Dabei erstreckte sich die Palette der besprochenen schulpolitischen Themen von den Veränderungen in der Schullandschaft über anstehende Verbeamtungen bis zu Problemen der zukünftigen Schulentwicklungsplanung. Einführend stellte Staatssekretär Willems dar, dass mit der Verabschiedung des Lehrer-Tarifvertrages durch das Kabinett der Weg zum umfangreichen Personaltransfer für das neue Schuljahr frei ist und durch die am 06.02.2003 vollzogene Schulgesetzänderung durch den Landtag nun auch grünes Licht für Strukturveränderungen gegeben wurde.

Nun komme es auf eine große Kraftanstrengung aller an Schule Beteiligten an, damit das laufende Schuljahr zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht und gleichzeitig das neue Schuljahr intensiv vorbereitet werde, unterstrich Willems. Er hoffe dabei auf die Initiativkraft der Lehrerschaft, die nach Abschluss des Tarifvertrages nun wieder mit voller Konzentration und Einsatzbereitschaft die neuen Aufgaben meistern könnte. Dazu bedürfe es auch intensiver Gespräche mit Eltern und Schülern, damit diese insbesondere die Veränderungen im Gymnasium und in der Sekundarschule verstehen und somit auch die benötigte Akzeptanz für das Gelingen hergestellt werden könne.

Landesvorsitzender Arlt sicherte dem Staatssekretär diesbezüglich Unterstützung zu, obwohl er im Gespräch betonte, dass das Tempo der Umsetzung bei der Fülle der geplanten Veränderungen für 2003 vom VBE als zu schnell gewählt erscheint und der VBE ernste Bedenken hinsichtlich der ordnungsgemäßen und vor allem qualitätsgerechten Vorbereitung des neuen Schuljahres hegt.

Zum Thema Verbeamtung entwickelte sich ein intensiver Meinungsaustausch.

Da durch den Tarifvertrag bereits die Verbeamtung der stellvertretenden Schulleiter und der Neueinstellungen vorgegeben war, schlug der VBE vor, auch im Interesse der Bindung junger Lehrkräfte an unser Land über die Verbeamtung zumindest derjenigen nachzudenken, die nach der Wende mit neuer Ausbildung eingestellt wurden. Damit würde man vor allem die jahrelange Schlechterstellung der Sekundarschullehrer neuen Rechts beenden und auch wieder eine Berufsperspektive für dieses Lehramt wecken.

Aber auch in den anderen allgemein bildenden Schulformen sollten junge Lehrkräfte, allerdings zeitlich versetzt, diese Chance erhalten. Da es ein freiwilliges Angebot des Landes an die jungen Lehrkräfte darstellt, würden diese schon ihre Integration im Kollegium einschätzen können und die mit der Verbeamtung teilweise verbundene Besserstellung gegenüber den tarifgebundenen Lehrkräften realisieren können.

Natürlich forderte der VBE, die Verbeamtung auf den berufsbildenden Schulsektor auszuweiten, was auch im Interesse des Kultusministeriums liegen dürfte.

Die vorgesehene Altersgrenze von 45 Jahren sieht der VBE hinsichtlich der Verbeamtung von Funktionsstelleninhabern als bedenklich, da diese teilweise schon 10 und mehr Jahre diesen Dienst versehen und nun nicht durch eine allgemeine „Stichtagsregelung“ von der freiwilligen Entscheidung betreffs Verbeamtung ausgeschlossen werden sollten. Hieran wird der VBE festhalten.

Unbefriedigend empfindet der VBE auch die Situation der Koordinatoren und Fachbetreuer an Gymnasien, der 2. Konrektoren an Sekundar- und Sonderschulen und der Fachmoderatoren an den Grund-, Sonder- und Sekundarschulen. Ihre Position muss, wenn sie schon nicht verbeamtet werden, unbedingt gestärkt werden, wobei der VBE für die Einführung einer „Amtszulage“ eintritt. Als ersten Schritt in die richtige Richtung muss unbedingt das Kontingent der Anrechnungsstunden für diese Lehrkräfte spürbar erhöht werden. Arlt weiter: „Die Fachmoderatoren werden unverzichtbare Unterstützer für die zu errichtende Neustrukturierung der Schulaufsicht sein. Ihnen Motivation für diese sensible Aufgabenstellung der Evaluation einzelner Lehrkräfte und darüber hinaus ganzer Schulen zu geben, kann sich nicht in guten Worten allein erschöpfen.“

Weitere Gesprächspunkte stellten die Veränderungen der Schulentwicklungsplanungsverordnung und der Strukturen der Schulaufsicht dar. Liegen die Auffassungen des MK und des VBE in punkto Schulentwicklung doch um einiges auseinander, so war man sich hinsichtlich der Schulaufsicht weitestgehend einig, dass es eine dem MK unmittelbar zugeordnete Schulaufsicht und -verwaltung geben müsse und es keine Rückkehr zur Einbettung in ein Regierungspräsidium (jetzt Landesverwaltungsamt genannt) geben dürfe, da Schulaufsicht eben keine klassische Verwaltungsaufgabe darstellt.

Schulaufsicht könne jedoch nur dann erfolgreich arbeiten, wenn ihr größtmögliche Entscheidungskompetenzen seitens des Kultusministeriums eingeräumt werden und subsidiär Aufgaben an diese Ebene übertragen werden. Gängelnde Eingriffe und dirigistisches Hineinregieren in Abläufe, die „vor Ort“ einfach besser aufgehoben sind, sind nicht zeitgemäß, demotivieren Mitarbeiter und wären kein guter Neubeginn in einer künftigen staatlichen Schulaufsicht.

Bei der Schulentwicklungsplanungs-Verordnung vertrat der VBE natürlich die Position, dass die Zeit des kommenden Geburtenknicks mit Übergangslösungen abgefangen werden muss und nicht zum flächenhaften Schulsterben führen dürfe. Da das MK aber an der von der Vorgängerregierung eingeführten Verordnung strikt festhalten wolle, scheint der Weg für viele kommunale Träger von Schulen frei zu sein, diese Zeit auch rigoros für Einsparungen in punkto Sachkosten zu verwenden. Die Ausdünnung von Schulstandorten in Sachsen-Anhalt dürfte damit wohl begonnen haben, es sei denn, dass Eltern, Schüler und Lehrer in den Kommunen dies selbst verhindern können.

K. Winter, stellv. Landesvorsitzender

Fachtagung für Gymnasiallehrer

265 – der eingeweihte Gymnasiallehrer weiß sofort, welche Konsequenzen sich hinter dieser „Harry-Potter-Zahl“ (Zitat Dr. Willems, Staatssekretär MK) verbergen. So viele Stunden haben laut Beschluss der Kultusministerkonferenz unsere Schüler zu absolvieren, wenn das Abitur nach nur 12 Jahren abgelegt wird.

Am 31.01./01.02.2003 fand im wunderschönen Schloss Wendgraben eine Fortbildungsveranstaltung für Gymnasiallehrerinnen und -lehrer unter dem Thema „PISA und die Folgen“ statt. Etwa 30 Kolleginnen und Kollegen der unterschiedlichsten Fächerkombinationen nahmen daran teil.

Als erster Gast sprach Herr Geyer vom Kultusministerium über die neue Oberstufenverordnung und stellte sich anschließend unseren Fragen. So wird ab dem kommenden Schuljahr auch in der Kursstufe (zunächst noch 12/13) verstärkt in festen Lerngruppen unterrichtet werden. Nach der Forderung von Kultusminister Olbertz soll das möglichst in den sechs Kernfächern, die vierstündig erteilt werden, erfolgen.



Die künftigen Abiturienten haben aus diesen Kernfächern alle vier Halbjahresleistungen einzubringen und werden vier schriftliche Prüfungen, darunter Deutsch, Mathematik, 1. Fremdsprache, absolvieren. Das wurde von allen Teilnehmern der Veranstaltung begrüßt. Sorgenfalten bereiteten uns vielmehr die anstehenden Wochenstunden in der Sekundarstufe I. Da es der politische Wille der Bevölkerung war, das Abitur wieder nach 12 Schuljahren abzulegen und die neue Landesregierung dies auch möglichst schnell umgesetzt haben will, stehen für die künftigen 9. Klassen 37(!) Wochenstunden auf dem Programm, Hausaufgaben sind auch noch zu erledigen und das bei einer Vielzahl von Fahrschülern. Haben die Schüler dann nach einem Acht-Stunden-Tag noch Interesse an einer außerunterrichtlichen Betätigung in Arbeitsgemeinschaften? Mit dem Nachmittagsunterricht ab Klasse 5, aufsteigend mit 30 Wochenstunden beginnend, ist das bereits ein Problem



auch dieses Jahrgangs. Begrüßt wurde das Vorhaben, in dieser Klassenstufe eine Wochenstunde „Das Lernen lernen“ einzuführen. Die 265-Wochenstunden-Regelung bringt zwar die gewollte Zeitersparnis von einem Jahr, bietet jedoch gegenüber 13 Schuljahren keine Alternative auf Dauer. Es ist endlich an der Zeit, Bildungsinhalte in allen Fächern zu überdenken und neu zu ordnen. Wünschenswert und förderlich wäre eine bundesweit einheitliche Regelung der Schulzeitfrage.

Lehrer, die auch in schlechten Zeiten guten Unterricht machen, interessiert natürlich auch ihre Bezahlung. So diskutierten wir mit dem stellvertretenden Landesvorsitzenden Klaus Winter über den neuen Tarifvertrag für die Lehrer und Erzieher Sachsen-Anhalts. Der Abend klang mit einem gemütlichen Beisammensein im Bierkeller aus.

Ist die Ganztagschule eine Antwort auf PISA? Jein?! In vielen erfolgreichen „PISA – Ländern“ ist sie die Regel. Frau Klein vom Kultusministerium informierte über diese Problematik. So dürfen Ganztagschulen keine Aufbewahrungsanstalt zur Entlastung berufstätiger Mütter werden, sondern vielmehr eine pädagogische Bildungseinrichtung, in der neben dem Unterricht auch ein erheblicher Platz für außerunterrichtliche Tätigkeit vorhanden ist. Für die Qualität einer solchen Schule ist u. a. die „Hausaufgabenfrage“ bedeutsam. Im kommenden Schuljahr wird es eine Reihe weiterer Ganztagschulen in Sachsen-Anhalt geben, auch Gymnasien wagen diesen Schritt. Angesichts der 265 Wochenstunden bis zum Abitur werden sich demnächst sicher noch weitere Gymnasien diesem Thema stellen.

Frau Drischmann, stellvertretende Schulleiterin eines Gymnasiums in Thüringen und Mitglied im Thüringer Lehrerverband (TLV), sprach über ihre Erfahrungen mit der 12-jährigen Schulzeit und den magischen 265 Wochenstunden. Es gab sowohl Positives als auch Negatives zu berichten. So wird in Thüringen nach Lehrplänen unterrichtet, in denen es um die Ausbildung verschiedener Kompetenzen geht, z. B. Lernkompetenz, Sozialkompetenz oder Selbstkompetenz. Nicht schlecht staunten wir darüber, dass es in jedem Unterrichtsraum eine so genannte „Medienecke“ mit vier PC, Drucker und Beamer gibt. Die Lehrer an Thüringens Gymnasien unterrichten 26 Stunden in der Woche, wobei es zwei Abminderungsstunden für einen sechsstündigen LK und eine für einen vierstündigen GK gibt.

Nach einem wohlschmeckenden Mittagessen traten wir die Heimreise an und möchten uns auf diesem Wege bei unserem Referatsleiter Klaus Winter für die informative Veranstaltung recht herzlich bedanken.

Bericht von der Bundesvorstandssitzung des ADJ in Mainz vom 22. - 24.11.2002

Vom 22. bis 24. November 2002 fand die Bundesvorstandssitzung der Arbeitsgemeinschaft der Junglehrer/innen in Mainz statt. Nachdem ich beim Landesvertretertag am 22.11.2002 in Halle-Peißen zum neuen Landesvorsitzenden der ADJ Sachsen-Anhalt gewählt wurde, machte ich mich noch am selben Tag auf den Weg nach Mainz. Ich hatte viele Erwartungen und war gespannt auf das Treffen mit den jungen Kollegen und Verbandsfreunden aus den anderen Bundesländern. In Mainz angekommen nahm man mich sofort warmherzig auf und ich fand mich plötzlich inmitten der Verbandsarbeit wieder.



Als erstes standen die Länderberichte auf der Tagesordnung. Die einzelnen Vertreter der Bundesländer berichteten über ihre Situation an den Schulen, an den Seminaren und auch an den Universitäten. Viel Gutes gab es leider nicht zu berichten, da die finanziellen Einschränkungen im öffentlichen Dienst überall zu spüren sind. Einzig erfreulich war die Tatsache, dass sich in fast allen Ländern die Einstellungszahlen von Lehrern erhöht haben. Zu beklagen ist jedoch der Rückgang der Zahlen der Lehramtsanwärter und Referendare.

Am 23.11.02 stand die Wahl des neuen Bundesvorsitzenden der ADJ, seiner Stellvertreterin, des Bundesstudentenvertreters und des Bundesgeschäftsführers auf der Tagesordnung. Nachdem **Winfried Godde** aus seinem Amt verabschiedet worden war, wurde **Wieland Ebling** aus Rheinland Pfalz zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Neue stellvertretende Vorsitzende ist **Sandra Behrend**, Bundesgeschäftsführerin **Sabine Becker**.

Nach diesen sehr erschöpfenden Wahlen tankten wir bei einem Stadtbummel durch Mainz ein wenig auf. Am Nachmittag beschäftigten wir uns mit der Kooperation mit dem Domino-Verlag und debattierten über das äußere Erscheinungsbild des ADJ.

Nach diesen sehr erschöpfenden Wahlen tankten wir bei einem Stadtbummel durch Mainz ein wenig auf. Am Nachmittag beschäftigten wir uns mit der Kooperation mit dem Domino-Verlag und debattierten über das äußere Erscheinungsbild des ADJ.

A. Stüwe, KV Mansfelder Land

Ein weiterer Höhepunkt der Bundesvorstandssitzung war die interessante Diskussion mit dem Bundesschatzmeister und Landesvorsitzenden des VBE Rheinland-Pfalz, **Johannes Müller**.

Am Abend gab es dann noch ein gemütliches Beisammensein in einer Mainzer Kneipe. Am Sonntag, dem 24.11., wurde noch Verschiedenes geklärt und wir vereinbarten, dass die nächste Bundesvorstandssitzung in Dortmund im Frühjahr, voraussichtlich Ende März, stattfinden wird. Auch darauf blicke ich schon jetzt mit großer Erwartung.

Oliver Art,
Landesvorsitzender ADJ Sachsen-Anhalt

Rudolf Heinrich wird 80

*Ein Hoch dem Jubilar –
80 Jahre und immer noch aktiv!*



Rudolf Heinrich, Gründungsmitglied des Verbandes der Lehrer und Erzieher Mansfelder Land, feiert am 21. März 2003 seinen 80. Geburtstag. Seit Anbeginn ist unser Schatzmeister ein hoch geschätzter. Damit nicht genug, arbeitet er seit Jahren in der Revisionskommission des Landesverbandes. Und weil Rentner bekanntlich immer Zeit haben, hat er im Laufe der Jahre auch faktisch die Aufgaben einer Art Geschäftsstelle des Kreisverbandes in Eisleben übernommen. Bei zahlreichen Veranstaltungen des Verbandes wie dem alljährlichen Lehrerball, Theaterfahrten usw. ist er als Organisator anzutreffen. Vorstandssitzungen, an denen er nicht teilnahm, sind wahrscheinlich an einer Hand abzuzählen.

Der Vorstand gratuliert "unserem Rudi", wie er von vielen genannt wird, recht herzlich zu seinem 80. Geburtstag. Wir wünschen ihm vor allem Gesundheit, Schaffenskraft und Freude im Kreise seiner Lieben. Wir freuen uns auf seine weitere Mitarbeit und tatkräftige Unterstützung im Kreisverband.

Kreisvorstand ML

Nachruf

Wir trauern um unser langjähriges Verbandsmitglied, unseren Kollegen

Friedhelm Engelhardt

der plötzlich und unerwartet im Alter von 60 Jahren verstorben ist.
Wir verlieren mit Friedhelm Engelhardt ein Mitglied, das seit Gründung des VBE im Verband wirkte.

Wir danken ihm für seine Liebe und Güte, die er allen Schülern und Kollegen entgegenbrachte.

Unser tiefes Mitgefühl gilt seinen Angehörigen.
Wir werden ihn in ehrender Erinnerung behalten.

VBE Kreisverband Wittenberg

E-Mail-Adressen

Wir bitten alle Mandatsträger, ihre aktuelle E-Mail-Adresse der Landesgeschäftsstelle mitzuteilen.

Neues Online-Angebot aus dem Spotlight Verlag

*Französisch interaktiv:
www.ecoute.de*

München, 4. Februar 2003. Ab sofort bietet écoute, das französische Sprachmagazin aus dem Spotlight Verlag, unter <http://www.ecoute.de> ein kostenloses Online-Angebot in französischer Sprache. Neben aktuellen Beiträgen aus dem Magazin stehen interaktive Sprach- und Grammatikübungen sowie Audiodateien bereit. Frankreich-Liebhaber finden hier ein umfassendes Netzwerk: Linktipps, Kontaktadressen und Poesie in der Sprache der Liebe machen Lust aufs Sprachenlernen.

www.ecoute.de ist eine Fundgrube für alle, die sich für Sprache und Kultur unserer westlichen Nachbarn interessieren. Wie im Magazin werden schwierigere Wörter beim Anklicken in ihrer Bedeutung im Kontext übersetzt. Für DozentInnen und Lehrkräfte bietet die Rubrik Enseignants eine Übung aus dem didaktischen Zusatzservice écoute en classe zum Herunterladen – für einen motivierenden und abwechslungsreichen Sprachunterricht.

Interessierte Lehrkräfte erhalten ein kostenloses Probeheft inkl. Begleitmedium beim Spotlight Verlag, Schulmedien, Tel. 089 85681-150, Fax -159, E-Mail: schulmedien@spotlight-verlag.de und im Internet unter <http://www.ecoute.de>.

dbb-Rechtsberatungstermine

Die Termine für die dbb-Rechtsberatungen 2003 können im Internet www.vbe-lsa.de unter Mitglieder-Infos heruntergeladen werden.

Impressu

Herausgeber:

VBE transparent –
Zeitschrift des Verbandes Bildung und Erziehung,
Landesverband Sachsen-Anhalt

Geschäftsstelle:

Feuersalamanderweg 25 · 06116 Halle / Saale
Telefon (03 45) 6 87 21 77
Fax (03 45) 6 87 21 78
E-Mail post@vbe-lsa.de
Internet www.vbe-lsa.de

Bankverbindung:

Sparkasse Halle
BLZ 800 537 62 · Kto.-Nr. 387 011 317

Namentlich gekennzeichnete Artikel sowie Leserbriefe geben nicht unbedingt die Meinung des Vorstandes wieder.

Anzeigen:

Landesgeschäftsstelle

Redaktionelle Bearbeitung:

Helmut Pastrik (Schriftleiter)
Neue Siedlung 49 · 06528 Ederleben
Telefon (0 34 64) 51 68 21
Telefax (0 34 64) 51 68 31
E-Mail pastrik@vbe-lsa.de

Karin Schemmerling
Maiglöckchenring 21 · 06198 Salzmünde
Telefon (03 46 09) 2 01 32
Fax (03 46 09) 2 22 27
E-Mail k_schemmerling@vbe-lsa.de

Satz und Gestaltung:

Gebrüder Wilke GmbH · 59063 Hamm